



Exposé zur Dissertation

Titel der Dissertation

Hybride Gestaltungen im Ertragsteuerrecht

vorgelegt von

Mag.iur. Alexander Steinmetz, LL.M.

Matr.Nr. 00968269

angestrebter akademischer Grad

Doktor der Rechtswissenschaften (Dr.iur.)

Wien, März 2020

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

UA 783 101

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt:

Doktoratsstudium Rechtswissenschaften

Betreuer:

em. Univ.-Prof. Dr. Michael Tanzer

Inhaltsverzeichnis

1. Beschreibung des Dissertationsvorhabens	2
2. Methoden.....	6
3. Zeitplan.....	7
4. Sach- und Finanzmittel.....	7
5. Gliederungsentwurf.....	8
6. Vorläufiges Literaturverzeichnis.....	10

1. Beschreibung des Dissertationsvorhabens

Die Minimierung der Steuerbelastung durch legale Steuergestaltungsmaßnahmen ist grundsätzlich legitimes Ziel jeder Konzernsteuerplanung.¹ Vor allem internationale Konzerne nutzen jedoch durch „Aggressive Steuerplanung“ („internationale Steuerarbitrage“) die Feinheiten und Unterschiede der nationalen und internationalen Steuerrechtsordnungen, um durch die gezielte Gestaltung wirtschaftlicher Beziehungen eine Minimierung der weltweiten Konzernsteuerbelastung zu erreichen.²

Zwar handelt es sich dabei grundsätzlich um legale Steuerminimierungspraktiken³, dennoch steht die Bekämpfung „aggressiver Steuerplanung“ seit geraumer Zeit im Fokus nationaler und internationaler Steuerpolitik, nicht zuletzt deshalb, weil dadurch alleine den EU-Staaten schätzungsweise jährliche Steuereinnahmen in Höhe von EUR 50-70 Mrd⁴ entgehen.⁵ Neben

¹ So auch *Perner/Trefil*, Legitimität der Konzernsteuerplanung vs Verpflichtung zur Konzernsteuerplanung, in *Fraberger/Baumann/Plott/Waitz-Ramsauer (Hrsg)*, Konzernsteuerrecht: Handbuch² (2014) 3 (20).

² Vgl Empfehlung der Europäischen Kommission vom 6.12.2012 betreffend aggressive Steuerplanung (KOM [2012] 8806 endgültig); *Lang*, „Aggressive Steuerplanung“ – eine Analyse der Empfehlung der Europäischen Kommission, SWI 2013, 62 (63); *Marchgraber*, Dividendenbesteuerung und internationale Steuerarbitrage, in *Lang/Marchgraber/Rust/Schuch/Staringer (Hrsg)*, Dividenden im Konzern¹ (2016) 93 (96 f); *Allram*, Hybrid Mismatches und ihre Bekämpfung im Steuerrecht, in *Bertl/Eberhartinger/Egger/Hirschler/Kalss/Lang/Nowotny/Riegler/Rust/Schuch/Staringer (Hrsg)*, Hybrid-Finanzierung in Bilanz- und Steuerrecht¹ (2017) 115 (119).

³ Als solche sind sie insbesondere von Finanzstrafvergehen, aber auch von „missbräuchlichen Gestaltungen“ iSd § 22 BAO zu unterscheiden. So auch *Kofler/Kofler*, Internationale Steuerarbitrage, in *Brähler/Lösel (Hrsg)*, Deutsches und internationales Steuerrecht – Gegenwart und Zukunft: Festschrift für Christiana Djanani zum 60. Geburtstag (2008) 381 (382 f); *Kofler*, Ist der Spuk des Europäischen Steuerrechts bald vorbei?, in *Schön/Heber (Hrsg)*, Grundfragen des Europäischen Steuerrechts (2015) 1 (12).

⁴ Vgl Europäische Kommission am 20.11.2017, Europäisches Semester – Themenblatt: Bekämpfung Aggressiver Steuerplanung (abrufbar unter https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/file_import/european-semester_thematic-factsheet_curbing-aggressive-tax-planning_de.pdf, Stand 14.12.2019).

der Aushöhlung von Steuersubstrat steht auch der im Vergleich zu anderen Steuerpflichtigen erzielte „ungerechtfertigte“ Steuervorteil in der Kritik.⁶

In jüngerer Vergangenheit kommt im Kampf gegen internationale Steuerarbitrage insbesondere der Anti-BEPS-Initiative der OECD⁷ Bedeutung zu, durch die Gewinnverkürzungen und Gewinnverlagerungen auf internationaler Ebene verhindert werden sollen.⁸ Darauf aufbauend wurden auf Ebene der Europäischen Union mit ATAD⁹ sowie deren geänderter Fassung ATAD II¹⁰ Vorschriften zur Bekämpfung von Steuervermeidungspraktiken mit unmittelbaren Auswirkungen auf das Funktionieren des Binnenmarktes erarbeitet, deren Umsetzung den einzelnen Mitgliedstaaten obliegt.¹¹ Im Fokus dieser internationalen Regelungen stehen vor allem Maßnahmen zur Beseitigung der Effekte von sogenannten „Hybriden Gestaltungen“.¹²

Hybride Gestaltungen („Hybrid Mismatch Arrangements“) kennzeichnen sich dadurch, dass aus der unterschiedlichen steuerlichen Behandlung desselben Sachverhalts in zwei Staaten ein Steuervorteil resultiert, der sich bei einem rein innerstaatlichen Sachverhalt nicht ergeben würde.¹³ Als hybride Gestaltungen, deren abweichende steuerliche Qualifikation eine Reduktion der Konzernsteuerbelastung ermöglicht, kommen insbesondere *hybride Finanzierungsinstrumente*, *hybride Rechtsträger* und *hybride Rechtsgeschäfte* in Betracht.¹⁴

⁵ Vgl. Kirchmayr/Kofler, Beteiligungsertragsbefreiung und Internationale Steuerarbitrage, GES 2011, 449 (449); Allram in Bertl/Eberhartinger/Egger/Hirschler/Kalss/Lang/Nowotny/Riegler/Rust/Schuch/Staringer, Hybrid-Finanzierung in Bilanz- und Steuerrecht¹ 115 (119); Kofler/Kofler in Brähler/Lösel, FS Djanani 381 (385).

⁶ Vgl. dazu KStR 2013 Rz 1248; Allram/Hörthenhuber, Die Hybrid Mismatches Rule (Art 9 der Anti-Tax-Avoidance-Richtlinie), in Lang/Rust/Schuch/Staringer (Hrsg.), Die Anti-Tax-Avoidance-Richtlinie¹ (2017) 130 (133); Perner/Trefil in Fraberger/Baumann/Plott/Waitz-Ramsauer, Konzernsteuerrecht: Handbuch² 3 (5).

⁷ Siehe dazu OECD (2013), Action Plan on Base Erosion and Profit Shifting, OECD Publishing. (Abrufbar in englischer sowie in deutscher Sprache: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264202719-en>, Stand 15.12.2019).

⁸ Zu beachten ist, dass es sich bei den Regelungsvorschlägen der OECD lediglich um rechtlich unverbindliche Empfehlungen an nationale Steuergesetzgeber handelt. Vgl. Allram/Hörthenhuber in Lang/Rust/Schuch/Staringer, Die Anti-Tax-Avoidance-Richtlinie¹ 130 (134).

⁹ Richtlinie (EU) 2016/1164 des Rates vom 12. Juli 2016 mit Vorschriften zur Bekämpfung von Steuervermeidungspraktiken mit unmittelbaren Auswirkungen auf das Funktionieren des Binnenmarkts (EU Anti-Tax Avoidance Directive, ATAD).

¹⁰ Richtlinie (EU) 2017/952 des Rates vom 29. Mai 2017 zur Änderung der Richtlinie (EU) 2016/1164 bezüglich hybrider Gestaltungen mit Drittländern (EU Anti-Tax Avoidance Directive II, ATAD II).

¹¹ Die Umsetzung in nationales Recht hatte in wesentlichen Punkten bis 31.12.2019 zu erfolgen, sodass die Regelungen zT seit 1.1.2020 zur Anwendung gelangen. Vgl. Zinowsky/Joachimsen, ATAD II – Ausweitung der Abwehrmaßnahmen gegen steuerlich hybride Gestaltungen auf Drittlandsfälle, ISR 2017, 325 (325 f).

¹² Siehe dazu BEPS Aktionspunkt 2 und Art 9 ATAD II; Vgl. weiters Hofmann/Wenzl/Zehetmayer, Die internationale Entwicklung und ihre Bedeutung für Österreich, in Hofmann/Jann/Jerabek (Hrsg.), BEPS¹ (2017) 1 (6); Köhler, Hybrids: alle Schotten dicht?, ISR 2018, 250 (250 ff); Luka, Leasing und BEPS¹ (2019), 106.

¹³ Vgl. Kofler in Schön/Heber, Grundfragen des Europäischen Steuerrechts 1 (11 f); Bendlinger, Hybride Gestaltungen im internationalen Steuerrecht: der Statusbericht der OECD aus österreichischer Sicht, SWI 2012, 485 (485); Bendlinger, Steueroasen und Offshore-Strukturen¹ (2013), 98.

¹⁴ Vgl. Allram in Bertl/Eberhartinger/Egger/Hirschler/Kalss/Lang/Nowotny/Riegler/Rust/Schuch/Staringer, Hybrid-Finanzierung in Bilanz- und Steuerrecht¹ 115 (119); Bendlinger, Steueroasen und Offshore-Strukturen¹, 98.

Der österreichische Gesetzgeber hat erstmals mit dem BBG 2011¹⁵ auf internationale Steuerarbitrage durch hybride Gestaltungen reagiert und in § 10 Abs 7 KStG¹⁶ eine Ausnahme von der Beteiligungsertragsbefreiung für Erträge normiert, die im Ausland abzugsfähig sind.¹⁷ Im Zuge des AbgÄG 2014¹⁸ wurde in § 12 Abs 1 Z 10 KStG weiters ein Abzugsverbot für konzerninterne niedrigbesteuerte Zinsen- und Lizenzgebühren eingeführt, um „*Steuervorteile im Konzern*“ einzudämmen, „*die sich gezielt durch die Ausnutzung der unterschiedlichen steuerlichen Behandlung von Aufwendungen und damit korrespondierenden Einnahmen ergeben*“.¹⁹ Mit dem StRefG 2020²⁰ wurde durch den österreichischen Gesetzgeber nunmehr in einem neuen § 14 KStG in Umsetzung von ATAD II eine umfangreiche dritte Regelung zur Neutralisierung der Effekte von hybriden Gestaltungen getroffen, die zum 1.1.2020 in Kraft trat.²¹

Die jüngsten nationalen Gesetzesänderungen und die Aktualität der Problematik auf nationaler sowie internationaler Ebene scheinen daher eine vertiefende Auseinandersetzung mit hybriden Gestaltungen zu rechtfertigen, zumal diese in der Praxis äußerst vielfältig sind.²²

Aus diesem Grund soll sich die vorliegende Dissertation nach einer kurzen allgemeinen Einleitung und einer Darstellung der historischen Entwicklung zunächst den einzelnen Erscheinungsformen von hybriden Gestaltungen widmen. Dabei werden neben hybriden und mehrfach ansässigen Gesellschaften sowie hybriden Finanzierungsinstrumenten insbesondere auch hybride Rechtsgeschäfte im Fokus stehen.

Im Anschluss soll zunächst die Bestimmung des § 10 Abs 4 KStG für hybride Finanzinstrumente erläutert werden, der als Ausnahme von den Beteiligungsertragsbefreiungen des

¹⁵ Budgetbegleitgesetz 2011 BGBl I 2010/111.

¹⁶ Diese Bestimmung wurde mit dem JStG 2018 (BGBl I 2018/62) unverändert in § 10 Abs 4 KStG übernommen. Vgl dazu *Strimitzer* in *Renner/Strimitzer/Vock*, Körperschaftsteuer: Kommentar³¹ (2018) § 10 Rz 335 ff.

¹⁷ Vgl dazu ErläutRV 981 BlgNr 24. GP 131 f; *Kirchmayr/Kofler*, GES 2011, 449 (449); *Lehner* in *Bergmann/Bieber (Hrsg)*, Körperschaftsteuergesetz Update-Kommentar¹ (2015) § 10 Rz 76; *Marchgraber* in *Lang/Marchgraber/Rust/Schuch/Staringer*, Dividenden im Konzern¹ 93 (98).

¹⁸ Abgabenänderungsgesetz 2014 BGBl I 2014/13.

¹⁹ Vgl ErläutRV 24 BlgNr 25. GP 13; *Schlager*, Die neuen Regelungen zu hybriden Gestaltungen im Überblick, SWI 2019, 239 (240); *Lachmayer* in *Renner/Strimitzer/Vock*, KStG³¹ § 12 Rz 182 ff.

²⁰ Steuerreformgesetz 2020 BGBl I 2019/103.

²¹ Vgl 147/ME 26. GP 2; *Knesl/Knesl*, Ausgewählte Änderungen im Körperschaftsteuergesetz und bei Umgründungen durch das StRefG 2020, ÖStZ 2019, 526 (527); *Dolezel/Höchtel*, § 14 KStG, Betriebsstätten und Subjekt-to-Tax-Klauseln nach Pillar Two der OECD, SWI 2019, 589 (589); *Bendlinger*, Internationale (ertragsteuerliche) Aspekte des AbgÄG 2020 und des StRefG 2020, VWT 2019, 382 (384 f).

²² Vgl *Allram* in *Bertl/Eberhartinger/Egger/Hirschler/Kalss/Lang/Nowotny/Riegler/Rust/Schuch/Staringer*, Hybrid-Finanzierung in Bilanz- und Steuerrecht¹ 115 (121); *Kofler/Kofler* in *Brähler/Lösel*, FS Djanani 381 (383).

§ 10 Abs 1 KStG in der Praxis besondere Bedeutung zukommt. Neben dem Anwendungsbereich von § 10 Abs 4 KStG und dem normierten Abzugsverbot wird dabei auch das Verhältnis zu anderen steuerrechtlichen Vorschriften abzuklären sein.

In einem weiteren Kapitel soll der Anwendungsbereich des Abzugsverbotes für Zinsen- und Lizenzgebühren auf hybride Gestaltungen abgesteckt werden und insbesondere auch das Verhältnis von § 12 Abs 1 Z 10 KStG zur Hinzurechnungsbesteuerung nach § 10a KStG geklärt werden.

Der folgende zentrale Abschnitt soll sich umfassend mit der neuen Regelung des § 14 KStG idF StRefG 2020 auseinandersetzen. Dabei wird zunächst ein Überblick über den historischen Hintergrund der Sonderbestimmung für hybride Gestaltungen unter Berücksichtigung der vorangegangenen internationalen Maßnahmen der OECD (BEPS) und der EU (ATAD II) gegeben. Darauf aufbauend sollen ausführlich die einzelnen Anwendungsvoraussetzungen von § 14 KStG erläutert werden, wie beispielsweise das Vorliegen einer Steuerdiskrepanz im Rahmen einer hybriden Gestaltung. In weiterer Folge werden insbesondere die gesetzlich vorgesehenen Maßnahmen im Fokus stehen, die eine Neutralisierung der Effekte von hybriden Gestaltungen sicherstellen. Darüber hinaus soll auch auf Sondervorschriften in § 14 KStG eingegangen werden, die sich unter anderem mit ausländischen unberücksichtigten Betriebsstätten, mit importierten hybriden Gestaltungen, mit einer nachträglichen Neutralisierung im Ausland und mit einer überschießenden Anrechnung von Quellensteuern beschäftigen. Abschließend werden auch rechtsvergleichende Überlegungen betreffend die Umsetzung von ATAD II in anderen EU-Mitgliedstaaten zu ziehen sein.

Ein letztes Kapitel soll die gesetzlichen Meldepflichten behandeln, die im Zusammenhang mit hybriden Gestaltungen zu beachten sind. Dabei wird insbesondere die im EU-Meldepflichtgesetz²³ vorgesehene und zum 1.7.2020 in Kraft tretende Meldepflicht für grenzüberschreitende Gestaltungen, die ein Risiko der Steuervermeidung aufweisen, zu erörtern sein.²⁴

In einem Schlussabschnitt sollen abschließend nochmals die zentralen Erkenntnisse der Dissertation zusammengefasst und bewertet werden.

²³ Siehe dazu Abgabenänderungsgesetz 2020 BGBl I 2019/91.

²⁴ Vgl dazu 150/ME 26. GP 8; *Bernwieser/Wagner*, Die neue Meldepflicht für Steuergestaltungen im Überblick, ÖStZ 2019, 287 (290 f).

2. Methoden

Die im Rahmen dieses Dissertationsvorhabens angewandten Methoden orientieren sich an den allgemeinen wissenschaftlichen und juristischen Grundsätzen. Im Vordergrund wird dabei die Analyse von gesetzlichen Bestimmungen anhand der Grundsätze der juristischen Methodenlehre stehen. Zu den angewandten Methoden werden insbesondere die Auslegung im engeren Sinn²⁵ durch sprachlich-grammatikalische, systematisch-logische, historische und teleologische Interpretation zählen, wobei auch die ergänzende Rechtsfortbildung²⁶ durch Analogie, Umkehrschluss und teleologische Reduktion Berücksichtigung finden werden. Soweit Gesetzesbestimmungen auf Vorschläge der OECD bzw EU-Richtlinien zurückzuführen sind, sollen und müssen auch diese Berücksichtigung finden.

Neben den beschriebenen Methoden soll das Themengebiet insbesondere durch Literatur- und Judikurrecherche erörtert werden, wobei bis zur Fertigstellung des Dissertationsvorhabens neu veröffentlichte Literatur bzw neu ergangene Judikatur eingearbeitet werden soll. Der Schwerpunkt liegt dabei auf österreichischer Literatur und Judikatur, wobei auch rechtsvergleichende Erwägungen, insbesondere zur Rechtslage und Rechtsprechung in anderen EU-Mitgliedstaaten angestellt werden, wenn dies sachgemäß erscheint.

²⁵ Vgl. *Bydlinski*, Grundzüge der Methodenlehre² (2012) 26 ff.

²⁶ Vgl. *Bydlinski*, Grundzüge der Methodenlehre² (2012) 76 ff.

3. Zeitplan

Aufgabe	WS 2016	SS 2017	SS 2018	SS 2019	SS 2020	WS 2020	SS 2021	WS 2021	SS 2022
VO Juristische Methodenlehre	X								
SE Judikatur- oder Textanalyse	X								
LV aus dem Dissertationsfach oder dem Bereich der Wahlfächer		X	X						
2 Seminare, eines verpflichtend aus dem Dissertationsfach			X	X					
Seminar im Dissertationsfach zur Vorstellung und Diskussion des Dissertationsvorhabens					X				
Fakultätsöffentliche Präsentati- on des Dissertationsvorhabens					X				
Einreichung des Antrages auf Genehmigung des Dissertati- onsvorhabens					X				
Verfassung der Dissertation					X	X	X	X	
1. Feedbackgespräch								X	
Überarbeitung der Dissertation								X	
Abgabe der Dissertation									X
Öffentliche Defensio									X

4. Sach- und Finanzmittel

Die für die Ausarbeitung dieses Dissertationsvorhabens erforderlichen Materialien stehen über Bibliotheken und juristische Datenbanken zur Verfügung, weshalb keine weiteren Sach- und Finanzmittel notwendig sein werden.

5. Gliederungsentwurf

1.) Einleitung:

Kurze Darstellung der zentralen Frage- und Problemstellungen, die in der Dissertation erörtert werden sollen.

2.) Historische Entwicklung von hybriden Gestaltungen:

Darstellung der historischen Entwicklung von hybriden Gestaltungen und den auf nationaler und internationaler Ebene ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung von deren Auswirkungen.

3.) Erscheinungsformen von hybriden Gestaltungen:

Darstellung der einzelnen (vielfältigen) Erscheinungsformen von hybriden Gestaltungen, insbesondere mit den nachfolgenden Punkten²⁷:

3.1.) Hybride Gesellschaftsformen

3.2.) Mehrfach ansässige Gesellschaften

3.3.) Hybride Finanzinstrumente

3.4.) Hybride Rechtsgeschäfte

4.) Die Regelung des § 10 Abs 4 KStG zu hybriden Finanzinstrumenten:

Darstellung des persönlichen, sachlichen und zeitlichen Anwendungsbereiches der Regelung des § 10 Abs 4 KStG sowie derer Auswirkungen auf hybride Finanzinstrumente.

5.) Das Abzugsverbot für Zinsen- und Lizenzgebühren nach § 12 Abs 1 Z 10 KStG:

Darstellung des Anwendungsbereiches und der Auswirkungen des § 12 Abs 1 Z 10 KStG auf hybride Gestaltungen, auch unter Berücksichtigung des Verhältnisses von § 12 Abs 1 Z 10 KStG zur Hinzurechnungsbesteuerung nach § 10a KStG.

6.) Die „Sondervorschriften für hybride Gestaltungen“ nach § 14 KStG idF StRefG 2020:

Umfassende Darstellung der neuen Sondervorschriften für hybride Gestaltungen nach § 14 KStG, auch unter Berücksichtigung der vorangegangenen Maßnahmen auf Ebene der

²⁷ Vgl dazu auch *Bendlinger*, Steueroasen und Offshore-Strukturen¹, 98.

OECD und EU sowie der Umsetzung von ATAD II in ausgewählten anderen Mitgliedstaaten. Berücksichtigt werden sollen insbesondere die folgenden Punkte:

6.1.) Allgemeines zu § 14 KStG

6.2.) Die Anwendungsvoraussetzungen von § 14 KStG

6.2.1.) Die Steuerdiskrepanz iSd § 14 Abs 2 KStG

6.2.2.) Voraussetzungen für hybride Gestaltungen nach § 14 Abs 3 KStG

6.2.3.) Verbundene Unternehmen iSd § 14 Abs 4 KStG

6.2.4.) Die strukturierte Gestaltung iSd § 14 Abs 5 KStG

6.3.) Maßnahmen bei Vorliegen hybrider Gestaltungen

6.3.1.) Abzug ohne korrespondierende Erfassung von Erträgen (Deduction/Non-Inclusion)

6.3.2. Doppelter Abzug (Double Deduction)

6.4.) Sondervorschriften

6.4.1.) Ausländische unberücksichtigte Betriebsstätten

6.4.2.) Importierte hybride Gestaltungen

6.4.3.) Nachträgliche Neutralisierung im Ausland

6.4.4.) Überschießende Anrechnung von Quellensteuern

7.) Meldepflichten für hybride Gestaltungen:

Darstellung der Meldepflichten nach dem EU-Meldepflichtgesetz und dem Gemeinsamer Meldestandard-Gesetz und deren Anwendung auf hybride Gestaltungen.

8.) Conclusio:

Die zentralen Erkenntnisse der Dissertation sollen abschließend zusammengefasst, bewertet und kritisch reflektiert werden.

9.) Literaturverzeichnis

10.) Abbildungsverzeichnis

Anhang Zusammenfassung / Abstract:

Kurzes „management summary“ in englischer und deutscher Sprache.

6. Vorläufiges Literaturverzeichnis

Kommentare und Monographien

Achatz/Kirchmayr (Hrsg), Körperschaftsteuergesetz Kommentar¹ (2015)

Baldauf/Kanduth-Kristen/Laudacher/Lenneis/Marschner, Jakob Einkommensteuergesetz¹¹ (2018)

Bendlinger, Steueroasen und Offshore-Strukturen¹ (2013)

Bergmann/Bieber (Hrsg), Körperschaftsteuergesetz Update-Kommentar¹ (2015)

Doralt/Kirchmayr/Mayr/Zorn, EStG (Loseblatt)

Lang/Rust/Schuch/Staringer (Hrsg), Körperschaftsteuergesetz Kommentar² (2016)

Luka, Leasing und BEPS¹ (2019)

Mechtler, Hybrid Mismatches im Ertragsteuerrecht¹ (2017)

Macho/Schwaiger/Stieber (Hrsg), Steueroasen im Visier¹ (2015)

Peyerl, Die Verlagerung von Einkünften (2015)

Renner/Strimitzer/Vock (Hrsg), Körperschaftsteuer: Kommentar³¹ (2018)

Beiträge in Sammelwerken

Allram/Hörthenhuber, Die Hybrid Mismatches Rule (Art 9 der Anti-Tax-Avoidance-Richtlinie), in Lang/Rust/Schuch/Staringer (Hrsg), Die Anti-Tax-Avoidance-Richtlinie¹ (2017) 130

Allram, Hybrid Mismatches und ihre Bekämpfung im Steuerrecht, in Bertl/Eberhartinger/Egger/Hirschler/Kalss/Lang/Nowotny/Riegler/Rust/Schuch/Staringer (Hrsg), Hybrid-Finanzierung in Bilanz- und Steuerrecht¹ (2017) 115

Hofmann/Wenzl/Zehetmayer, Die internationale Entwicklung und ihre Bedeutung für Österreich, in Hofmann/Jann/Jerabek (Hrsg), BEPS¹ (2017) 1

Kofler, Ist der Spuk des Europäischen Steuerrechts bald vorbei?, in Schön/Heber (Hrsg), Grundfragen des Europäischen Steuerrechts (2015) 1

Kofler/Kofler, Internationale Steuerarbitrage, in Brähler/Lösel (Hrsg), Deutsches und internationales Steuerrecht – Gegenwart und Zukunft: Festschrift für Christiana Djanani zum 60. Geburtstag (2008) 381

Kofler, Von BEPS (OECD) zur Anti-BEPS-RL (EU), in Kirchmayr/Mayr/Hirschler/Kofler (Hrsg), Anti-BEPS-Richtlinie: Konzernsteuerrecht im Umbruch¹ (2017) 1

Marchgraber, Dividendenbesteuerung und internationale Steuerarbitrage, in Lang/Marchgraber/Rust/Schuch/Staringer (Hrsg), Dividenden im Konzern¹ (2016) 93

Marschner, Steuergestaltung durch Genussrechte, in Bertl/Eberhartinger/Egger/Hirschler/Kalss/Lang/Nowotny/Riegler/Rust/Schuch/Staringer (Hrsg), Hybrid-Finanzierung in Bilanz- und Steuerrecht¹ (2017) 92

Perner/Trefil, Legitimität der Konzernsteuerplanung vs Verpflichtung zur Konzernsteuerplanung, in Fraberger/Baumann/Plott/Waitz-Ramsauer (Hrsg), Konzernsteuerrecht: Handbuch² (2014) 3

Rust, Der BEPS Aktionspunkt 2 zur Neutralisierung der Effekte hybrider Gestaltungen und seine Vereinbarkeit mit den Diskriminierungsverboten der Doppelbesteuerungsabkommen und des AEUV, in Schön/Heber (Hrsg), Grundfragen des Europäischen Steuerrechts (2015) 89

Schlager, Hybride Gestaltungen, in *Kirchmayr/Mayr/Hirschler/Kofler (Hrsg)*, Anti-BEPS-Richtlinie: Konzernsteuerrecht im Umbruch¹ (2017) 121

Stefaner, Genussrechte im Konzernsteuerrecht, in *Schragl/Stefaner (Hrsg)*, Handbuch Genussrechte² (2013) 253

Beiträge in Fachzeitschriften

Bendlinger, Hybride Gestaltungen im internationalen Steuerrecht: der Statusbericht der OECD aus österreichischer Sicht, SWI 2012, 485

Bendlinger, Internationale (ertragsteuerliche) Aspekte des AbgÄG 2020 und des StRefG 2020, VWT 2019, 382

Bendlinger/Kofler, RuSt 2016: Highlights aus dem Workshop „Internationales Steuerrecht“, RdW 2016, 782

Bendlinger, Steuerschonende Verlagerung von Unternehmensgewinnen, VWT 2013, 148

Bergmann/Bieber, Körperschaftsteuer-Rückblick 2/2012, taxlex 2012, 495

Bernwieser/Wagner, Die neue Meldepflicht für Steuergestaltungen im Überblick, ÖStZ 2019, 287

Dolezel/Höchtel, § 14 KStG, Betriebsstätten und Subjekt-to-Tax-Klauseln nach Pillar Two der OECD, SWI 2019, 589

Endfellner/Puchinger, Das Steuerreformgesetz 2020, FJ 2019, 147

Franke, Meldepflicht für potentiell aggressive Steuergestaltungen, taxlex 2019, 65

Gonter, Genussrechte - doppelte Nichtbesteuerung möglich, taxlex 2011, 462

Grotherr, BEPS: Neutralisierung der Effekte von hybriden Gestaltungen im Abkommensrecht durch das Multilaterale Instrument (Teil 2), IRS 2017, 221

Haas, Auswirkungen des BEPS-Berichts auf die Ausgestaltung des OECD-MA und deren mögliche Folgen für die österreichische Abkommenspraxis, ÖStZ 2016, 64

Hummer/Höhfurthner, Die slowakische Komanditná Spoločnosť – eine hybride Gestaltung?, SWI 2019, 601

Jerabek/Schellander/Neubauer, Zweifelsfragen zum EU-MPFG (Teil 1): Der Intermediär, der relevante Steuerpflichtige und ihre Meldepflicht, RWZ 2019, 347

Kirchmayr/Kofler, Beteiligungsertragsbefreiung und Internationale Steuerarbitrage, GES 2011, 449

Knesl, Entwurf des StRefG I 2019/20 - Ausgewählte Änderungen des Körperschaftsteuergesetzes, ÖStZ 2019, 304

Knesl/Knesl, Ausgewählte Änderungen im Körperschaftsteuergesetz und bei Umgründungen durch das StRefG 2020, ÖStZ 2019, 526

Knesl/Schilcher, Sondervorschriften für hybride Gestaltungen § 14 KStG idF StRefG 2020, RdW 2019, 634

Köhler, Hybrids: alle Schotten dicht?, ISR 2018, 250

Kollruss, Hybride Gesellschaften und § 10a KStG: Ungeklärte Fragen und Aspekte, SWI 2019, 248

Lang, „Aggressive Steuerplanung“ – eine Analyse der Empfehlung der Europäischen Kommission, SWI 2013, 62

Loidl/Moshhammer/Rosenberger, OECD Discussion Draft zur Bekämpfung hybrider Gestaltungsformen in der internationalen Steuerplanung, SWK 2014, 885

Luka, Double-Dip-Leasing als Instrument der internationalen Steuerplanung, SWI 2018, 326

Mayer/Spies, Hybride Gesellschaften in der Harmonisierung der direkten Steuern, StAW 2017, 225

Nidermair/Zirngast, Hybride Gestaltungen mit Drittländern EU Tax Update - März 2017 bis Mai 2017, taxlex-EU 2017, 282

Nidermair/Zirngast, EU Tax Update - Dezember 2016 bis Februar 2017, taxlex-EU 2017, 185

Plott, KStR 2013: Neues bei den Beteiligungserträgen, SWK 2013, 710

Rosembuj, International Tax Arbitrage, Intertax 2011, 234

Rüsch, Die Abhängigkeit zu anderweitigen Besteuerungsmerkmalen als Maßnahme gegen hybride Gestaltungen in Deutschland, den USA und der EU, ISR 2019, 304

Schlager, Änderungen der Anti-BEPS-Richtlinie: Neue Bestimmungen für hybride Gestaltungen, SWI 2017, 352

Schlager, Die neuen Regelungen zu hybriden Gestaltungen im Überblick, SWI 2019, 239

Vondrak, Steuerreformgesetz 2020, ecolex 2019, 986

Zinowsky/Joachimsen, ATAD II – Ausweitung der Abwehrmaßnahmen gegen steuerlich hybride Gestaltungen auf Drittlandsfälle, ISR 2017, 325

Judikatur

EuGH 21.02.2018, C-28/17, *NN A/S gegen Skatteministeriet*

Verordnungen, Richtlinien und Erlässe

BMF, Einkommensteuerrichtlinien 2000, GZ 06 0104/9-IV/6/00 idF BMF-010203/0171-IV/6/2018 vom 07.05.2018

BMF, Körperschaftsteuerrichtlinien 2013, GZ 010216/0009-VI/6/2013 idF BMF-010216/0005-IV/6/2019 vom 28.11.2019

BMF, Umgründungssteuerrichtlinien 2002, GZ 06 8603/1-IV/6/03 idF BMF-010200/0029-IV/6/2018 vom 17.09.2018